

Wirtschaftsorgane eingeführt werden, künftig nicht mit Bezahlung rechnen können (Starker Beifall.);

2. Ablehnung jeder Einmischung der englischen oder amerikanischen Gouverneure und anderer Besatzungsorgane in den deutschen Innenhandel.

Förderung des Innenhandels ohne Rücksicht auf die Beschränkungen durch die Anweisungen der anglo-amerikanischen Gouverneure;

3. Entfernung der amerikanischen Agenten aus den westdeutschen Handelsorganen und Besetzung der Funktionen mit patriotisch denkenden Wirtschaftsfachleuten;

4. Entfernung der wirtschaftsfeindlichen Elemente, die die Interessen der amerikanischen Monopolherren vertreten, aus den Verwaltungen in Hamburg, Lübeck und Niedersachsen, um den Weg frei zu machen für die Entwicklung des Handels;

5. Teilnahme der westdeutschen Wirtschaftskreise am Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik. (Starker, anhaltender Beifall.)

Eine der wichtigsten Aufgaben der Durchführung des Fünfjahrplans ist die Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung. Der Friedensstand soll nicht nur erreicht, sondern bedeutend überschritten werden.

Es ist eine Erhöhung des Arbeitslohnes der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent vorgesehen und in der Industrie um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1950.

Gleichzeitig ist eine weitere Senkung der Preise für Nahrungsmittel und Artikel des Massenbedarfs von mindestens 28 Prozent sowie eine wesentliche Senkung der Steuersätze für die Werktätigen vorgesehen.

Die Erhöhung des Einkommens der Landbevölkerung soll durch die Steigerung der Hektarerträge und der Ergiebigkeit der Viehzucht erreicht werden sowie durch die Stabilisierung der Erfassungspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren, die die werktätigen Bauern benötigen.

Wir haben bereits auf unserer I. Parteikonferenz erklärt, daß wir die Aufhebung der Rationierung anstreben. Dazu ist notwendig, daß genügend Reserven geschaffen werden. Wir sind der Meinung, daß sich die neu gewählte Volkskammer mit diesen Fragen beschäftigen wird.